

Offener Brief an den Schweizerischen Bundesrat zur Verkehrs- und Energiepolitik!

Sehr geehrte Bundesrätin, sehr geehrte Bundesräte

Am 17. Dezember 2003 hatten Sie jeweils persönlich per Einschreiben die Zusammenfassung der Studie www.SolarPeace.ch erhalten.

Herr Bundesrat Moritz Leuenberger hatte bereits Mitte Januar geantwortet. Dadurch konnte inzwischen ein konstruktiver Dialog beginnen, wofür ich mich auch an dieser Stelle herzlich bedanken möchte. Herr Bundesrat Leuenberger hat die Studie www.SolarPeace.ch an seine Experten im UVEK weitergeleitet.

Nicht zuletzt dank der von Herrn Bundesrat Leuenberger publizierten Informationen (z.B. in der Arena des SFDRS) wurde für die Bevölkerung verständlich, dass der Schweizerische Bundesrat die Problematik und die Einseitigkeit sowohl der ursprünglichen Avanti-Initiative als auch des jetzt zur Abstimmung stehenden Avanti-Gegenvorschlags des Parlaments längst erkannt hat. Der Schweizerische Bundesrat ist nicht den kurzfristigen Interessen einzelner Lobbyisten, sondern dem langfristigen Wohlergehen der gesamten Bevölkerung und damit auch dem langfristigen Wohlergehen der gesamten Wirtschaft verpflichtet. Da die daraus resultierende und konsequenterweise notwendige NEIN-Parole des Schweizerischen Bundesrats zum Avanti-Gegenvorschlag nicht gefasst wurde, schreibe ich Ihnen diesen offenen Brief mit folgenden kurzen Abschnitten:

1. Verkehrspolitik ist Energiepolitik:

Wie die Studie www.SolarPeace.ch zeigt, ist Verkehrspolitik in der heutigen internationalen Situation mit zu Ende gehenden fossilen Energieträgern im wesentlichen Energiepolitik. Das Problem im heutigen Verkehr sind nicht eventuell wünschenswerte zusätzliche Strassen, sondern die veraltete Energieversorgung mit fossil betriebenen Motoren. Abgase und die resultierende Luftverschmutzung mit ihren Folgekosten und Gesundheitsschäden sind dabei nur ein kleiner Teil des Problems.

2. Die fossilen Energieträger gehen zu Ende:

Ab 2010 muss gemäss internationalen Prognosen (z.B. World Energy Outlook, IEA, 1998) mit schnell wachsenden Versorgungslücken bei Erdöl gerechnet werden. ExxonMobile Chef Jon Thompson prognostiziert für 2015 sogar eine Lücke für Öl und Gas von 80% der heutigen Produktion.

Kurz nach Jahresbeginn 2004 musste Shell die eigenen Erdölreserven um 20% nach unten korrigieren, was einen sofortigen Kursverlust der Shell-Aktie von 7% auslöste. Die Nachrichten von Shell seien "ein Schock", sagte ein Londoner Börsianer. Merrill Lynch setzte den Titel von 'Buy' auf 'Neutral', J.P.Morgan sogar auf 'Underweight'. Auch zur Bewertung von Aktien wird die 'Endlichkeit' der Rohstoffe immer wichtiger.

Die Auswirkungen der zu Ende gehenden alten Energieträger und die Bedeutung der erneuerbaren Energien sind in der Studie www.SolarPeace.ch beschrieben: Frieden - Wirtschaft - Sicherheit - Neutralität - Ökologie.

3. Eine klare Priorität für die Schweiz:

Eine gesicherte und zukunftsfähige Energieversorgung ist der Lebensnerv jeder modernen Volkswirtschaft. Die Priorität für die Schweizer Bevölkerung und für die Schweizer Wirtschaft liegt also im Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung - und dies rechtzeitig, bevor die erwähnten Probleme und Versorgungslücken auftreten werden!

Erst wenn die Energieversorgung im Verkehr durch moderne Autos und Antriebstechniken fast keine Emissionen mehr verursacht und vom Ausland (d.h. von allen zu Ende gehenden Rohstoffen) weitgehend unabhängig ist, sollten weitere Milliarden für den Strassenausbau zur Diskussion stehen. Die Schweiz hat das teuerste Schnellstrassennetz Europas und gibt schon heute jährlich 6.8 Milliarden Franken für die Strassen aus. Die Schweizer Energieversorgung ist heute zu 80% vom Ausland abhängig (Erdöl, Erdgas, Uran).

4. Die Schweizer Energie- und Verkehrspolitik:

Der "2. Jahresbericht EnergieSchweiz 2002/03" des BFE bestätigt die mangelnde Wirksamkeit der bisherigen Schweizer Energiepolitik bereits im Vorwort: "Um die Ziele zu erreichen sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich." Im Sektor Wirtschaft schreibt der Jahresbericht "Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass sich ohne gesetzliche oder finanzielle Anreize nur eine Minderheit von Unternehmen zu konkreten Beiträgen motivieren lässt.", und bestätigt damit die Notwendigkeit für verbindliche politische Entscheidungen und Fördermassnahmen.

Grosser Handlungsbedarf besteht im Sektor Mobilität: "Ziel ist die Reduktion der treibstoffbedingten CO2-Emissionen um 8% bis 2010 gegenüber 1990. Die Realität zeigt in eine andere Richtung: Die CO2-Emissionen aus dem Verbrauch von Treibstoffen stieg von 1990 bis 2002 um knapp 7%." Der Jahresbericht erwähnt schliesslich, dass "eine Evaluation in Auftrag gegeben wurde, welche die Einbettung von EnergieSchweiz in die Verkehrspolitik des Bundes untersuchen soll" und bestätigt damit die Bedeutung der Energiepolitik für den Verkehr.

Neue Transitstrassen und insbesondere ein zweiter Gotthardtunnel würden nicht nur den Alpenschutzartikel der Bundesverfassung verletzen, sondern auch einen massiven zusätzlichen Verkehr mit entsprechend hohem zusätzlichen CO2-Ausstoss ermöglichen und verursachen. Das würde die Erreichbarkeit der Emissionsziele von EnergieSchweiz zusätzlich gefährden bzw. verunmöglichen. Die Situation auf der Brenner-Autobahn in Österreich und die unmissverständlichen Aussagen der Verkehrsminister aus Deutschland und Italien, die Bundesrat Leuenberger in der Arena-Sendung zitierte, lassen daran keinen Zweifel.

5. Aufbau der zukünftigen Energieversorgung:

Dabei geht es, wie die internationalen Prognosen und Entwicklungen deutlich zeigen, eben nicht nur um die Umsetzung der Klimapolitik durch das Programm EnergieSchweiz (Kyoto-Abkommen und CO2-Gesetz). Die Schweiz muss letztendlich 80% der heutigen Energieversorgung durch zukunftsfähige erneuerbare Energieträger ersetzen, bevor die oben erwähnten Probleme und Versorgungslücken bei den heute importierten Energieträgern auftreten!

Der Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung durch erneuerbare Energien ist nicht innert Jahresfrist und auch nicht in wenigen Jahren möglich, nachdem Versorgungslücken und andere massive Probleme politischer und wirtschaftlicher Art erst einmal ernsthaft eingetreten sind. Da eine gesicherte und zukunftsfähige Energieversorgung der Lebensnerv jeder modernen Volkswirtschaft ist, haben die dazu notwendigen verbindlichen Entscheidungen Priorität und sollten rasch getroffen werden.

Die neu überarbeitete Studie "Neue Energie für Verkehrslösungen!" auf www.SolarPeace.ch beschreibt existierende Lösungen für eine zukunftsfähige Mobilität. Für den Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung weisen auch die laufenden Projekte der ETH Zürich in die richtige Richtung. Neben der Weltexklusivität einer Leichtwindanlage für Binnenländer "designed and built in Switzerland" betreibt die ETH insbesondere Photovoltaik-Anlagen auf ihren Dachflächen, Hybridfahrzeuge sowie Betriebsoptimierungen. Das Energieleitbild der ETH entstand aufgrund zunehmender Umweltbelastung und Ressourcenknappheit.

6. Die finanziellen Konsequenzen:

Der Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung ist mit dem derzeitigen Programm EnergieSchweiz nicht erreichbar. Der Bundesrat hat die allgemeine Notwendigkeit zum Sparen mehrfach betont. Eine Annahme des Avanti-Gegenvorschlags würde zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe verursachen und die so oder so notwendigen energiepolitischen Massnahmen zusätzlich erschweren. Die finanzielle Situation der Schweiz wäre durch eine Annahme des Avanti-Gegenvorschlags unnötig belastet.

Zur Erreichung des unabdingbaren Ziels einer zukunftsfähigen Energieversorgung muss die Schweizer Volkswirtschaft angemessene finanzielle Mittel von rund zwei Prozent des Bruttozialprodukts aufbringen, realistischweise die Hälfte davon durch öffentliche Gelder. Die Versicherungen weisen darauf hin, dass die rein materiellen Folgekosten des alten fossil-atomaren Weges, der ohnehin bald zu Ende sein wird, weit höher sind - vom Leid und Elend von Millionen Betroffener und von den Kriegsfolgen ganz abgesehen.

7. Chancen für unsere Zukunft:

Die in der Studie www.SolarPeace.ch beschriebene Situation ist schon lange bekannt, doch es liegt mir fern die Versäumnisse der Vergangenheit zu kritisieren. Daher betont die Studie www.SolarPeace.ch vor allem die Chancen für unsere Zukunft und die Bedeutung der einheimischen erneuerbaren Energien:

Frieden - Wirtschaft - Sicherheit - Neutralität - Ökologie.

"Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir (mit unserer Beteiligung am Irak Krieg) der polnischen Ölindustrie einen Zugang zu Energierohstoffen verschaffen wollen. ...dies ist unser vorrangiges Kriegsziel!" (Wlodzimierz Cimoszewicz, polnischer Aussenminister)

Die positiven Auswirkungen der eingesetzten öffentlichen Gelder im Energiesektor auf Volkswirtschaft, Privatwirtschaft, Innovation, Exportmöglichkeiten und Arbeitsplätze werden auch im "2. Jahresbericht EnergieSchweiz 2002/03" mehrfach bestätigt.

>>> NEIN zum Avanti-Gegenvorschlag!

Die offizielle Parole des Bundesrats zum Avanti-Gegenvorschlag ist aufgrund der zu Ende gehenden fossilen Energieträger unverständlich und muss im Gesamtzusammenhang (Frieden - Wirtschaft - Sicherheit - Neutralität - Ökologie) staatspolitisch und finanzpolitisch als nicht verantwortlich bezeichnet werden.

Ich möchte Sie, sehr verehrte Bundesräte, hiermit auffordern die Schweizer Öffentlichkeit über diese Zusammenhänge zu informieren und ein klares NEIN zum Avanti-Gegenvorschlag zu empfehlen!

Mit freundlichen Grüssen
Wolfgang Rehfus, Kilchberg, 28.1.2004